

TÜRKEI

Gewerkschaftsmonitor

Mai 2022

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Die Corona Pandemie hat auch in der Türkei zu einer Verschärfung der ohnehin krisenhaften wirtschaftlichen Lage sowie zu zunehmenden politischen Spannungen geführt. Zwar wird beständig über die Möglichkeit vorgezogener Parlaments- und Präsidentenwahlen diskutiert, Anzeichen dafür gibt es jedoch bisher kaum. Meinungsumfragen deuten an, dass das Regierungsbündnis die absolute Mehrheit verloren hat und auch Staatspräsident Erdoğan nicht mehr über die Unterstützung durch mehr als die Hälfte der Wähler verfügt.

Zwei Parteienblöcke haben sich im Hinblick auf die Wahl formiert: Auf der einen Seite die Cumhuriyet Halk Partisi (Volksallianz), bestehend aus den aktuellen Regierungsparteien AKP und MHP; auf der anderen Seite das aus sechs Parteien bestehende, oppositionelle Bündnis Millet İttifaki (Bündnis der Nation), angeführt von der sozialdemokratischen CHP und der nationalistischen İYİ-Partei. Die in den kurdischen Gebieten starke HDP entzieht sich bislang diesen beiden Bündnissen und kündigte an, mit einer eigenen, linksgerichteten Allianz in die spätestens 2023 anstehenden Wahlkämpfe zu ziehen. Für eine spätere Regierungsbildung wird das oppositionelle Millet-Bündnis allerdings mit hoher Wahrscheinlichkeit auf eine Unterstützung durch die HDP angewiesen sein.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Die Covid-Pandemie hat die Türkei zu einem schwierigen Zeitpunkt getroffen. Die durch die Abwertung der Türkischen Lira im August/September 2018 verursachten wirtschaftlichen Verwerfungen waren bei Pandemiebeginn insbesondere im Hinblick auf den Arbeitsmarkt noch nicht überwunden. Geldpolitische Entscheidungen im Frühjahr 2020 sorgten zwar für eine kurzfristige, schnelle wirtschaftliche Belebung nach den starken Einschränkungen von März und April. Doch sie mündeten seit August 2020 in eine erneute Abwertung der Türkischen Li-

ra, die durch die überraschende Zinspolitik der türkischen Zentralbank im Oktober erneut verstärkt wurde. Das gleiche Vorgehen sorgte im Jahr 2021 für eine immer schnellere Entwertung der Lira gegenüber Dollar und Euro und, befeuert durch gestiegene Importpreise, zu einer Rekordinflation. Diese wird vom nationalen Statistikinstitut für das Jahr 2021 mit 36,08 Prozent angegeben, unabhängige Institute haben allerdings eine reale Teuerungsrate von über 80 Prozent errechnet. Entgegen orthodoxer Theorien und den Markterwartungen wurden auch in der Folgezeit die Leitzinsen nicht erhöht. Die Konsequenz ist ein immer weiter anhaltender Anstieg der Inflation und eine zunehmende Verarmung der Bevölkerung.

Zwar ist den offiziellen Zahlen des Türkischen Statistikinstituts zufolge die Arbeitslosigkeit auf heute nur noch 11,2 Prozent (bei 20,8 Prozent Jugendarbeitslosigkeit) zurückgegangen, zugleich stagniert jedoch die Gesamtzahl der Beschäftigten. Dass sich dies nicht in der Arbeitslosenquote niederschlägt liegt daran, dass als Arbeitslos nur gezählt wird, wer sich aktiv um eine Beschäftigung bemüht. Im Zuge der Maßnahmen zur sozialen Abfederung der Folgen der Pandemie wurde ein Kündigungsverbot erlassen. Arbeitgeber können stattdessen Beschäftigte in den unbezahlten Urlaub schicken. Diese erhalten dann ein monatliches Entgelt von 1 168 TL. Dieses Entgelt liegt deutlich unter der Grenze von 2 438 TL, wie sie vom Gewerkschaftsbund Türk İş als Untergrenze für die Ernährung einer vierköpfigen Familie ermittelt wurde. Eine Studie der CHP zufolge liegen die Einkommenseinbußen für die Beschäftigten im unbezahlten Urlaub zwischen 1 156 und 2 332 TL. Sollte ein Beschäftigter kündigen, so verliert er seine Abfindungsansprüche. Wiederum der CHP-Studie zufolge haben 71 Prozent der Betroffenen einen Bankkredit aufgenommen, um den Haushalt zu finanzieren.

Eine aktuelle Studie des Forschungszentrums von des Gewerkschaftsdachverbands DISK zur Situation der Arbeiter_innen im zweiten Jahr der Pandemie kommt zu dem Schluss, dass die türkischen Arbeiter_innen im Jahr 2021 als größtes Problem tatsächliche oder drohende Arbeitslosigkeit wahrnehmen. Dies wurde von 72 Prozent aller Arbeiter_innen angegeben und wird gefolgt von niedrigen Gehältern (65 Prozent), Abwe-

senheit sozialer Sicherheit (44,8 Prozent) und langen Arbeitszeiten (43 Prozent). 85 Prozent der Arbeiter_innen haben geäußert, dass in der Zeit der Pandemie ihre Haushaltsausgaben gestiegen sind, 55 Prozent haben mehr Schulden als vor der Pandemie. Dass ihr Betrieb ohne Einschränkungen weitergeführt wurde, obwohl COVID-Fälle bei Mitarbeiter_innen aufgetreten waren, berichten 30 Prozent der Arbeiter_innen. 43 Prozent der Befragten fanden die Sozialhilfen während der Pandemie unzureichend.

Verschärft wird der durch die Wirtschaftskrise und die Pandemieeffekte verursachte Einkommensverlust durch die hohe Inflation. Diese war bereits im Herbst 2018 aus dem Ruder gelaufen, als die Türkische Lira stark an Wert verlor. Dabei ist die offizielle Inflationsstatistik sowohl im Hinblick auf ihre Aussagekraft als auch ihre Zuverlässigkeit hochgradig umstritten. Doch auch diese Daten weisen aus, dass seit einigen Jahren die Nahrungsmittelinflation sowie die Teuerung der Dinge des täglichen Bedarfs deutlich über der allgemeinen liegt. Gerade die einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen müssen einen überproportionalen Anteil ihres Einkommens für Nahrungsmittel aufwenden.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Das niedrige Organisationsniveau (14,32 Prozent) der türkischen Gewerkschaften liegt zum Teil an den restriktiven Rahmenbedingungen der gewerkschaftlichen Gesetzgebung. Andererseits liegt es aber auch daran, dass die Arbeitnehmer_innen die Funktionen und Aufgaben der Gewerkschaften nicht genügend kennen. Dies stellte zuletzt 2018 eine Studie der Forschungsabteilung des gewerkschaftlichen Dachverbandes DISK fest. Bei den meisten regierungsnahen Gewerkschaften treten die Mitglieder gleichzeitig mit ihrer Position im Betrieb in die Gewerkschaft ein. Die Beiträge werden gesetzlich automatisch von ihren Gehältern abgezogen. Eine hohe Anzahl von Arbeitnehmer_innen hat keinerlei Einfluss in Prozessen der Mitbestimmung.

Der zunehmende politische Druck auf die Meinungsfreiheit lässt wenig Raum für die Artikulation gewerkschaftlicher Positionen in den staatlich gelenkten Medien. Vor allem das Fernsehen, das von regierungsnahen Sendern dominiert wird, ist meinungsbildend für einen Großteil der Arbeitnehmer_innen. Nicht zuletzt aus diesem Grund konnten die Gewerkschaften bei der Bestimmung des Mindestlohns ihre Positionen nicht durchsetzen. Der neue monatliche Mindestlohn für 2022 wurde am Ende des Vorjahres auf 4253 TL (rund 263 Euro) netto fixiert. Die Forderung von DISK lag bei 5200 TL.

Auf der Agenda der oppositionellen Gewerkschaften standen im Jahre 2021 Forderungen wie Einkommensunterstützungen; Impfungen für die Arbeiter_innen und ein Stopp der nicht-essentiellen industriellen Produktion während der Hochphase der Pandemie. Zudem forderten die Gewerkschaften, dass durch die Pandemie verursachte Krankheiten als Arbeitskrankheiten anerkannt werden sollten. Ein Dauerthema in der Türkei ist der Gewerkschaften geäußerte Vorwurf, dass von den Gehältern der Arbeitnehmer_innen abgezogene Beiträge zum Arbeitslo-

sigkeitsfonds zweckentfremdet werden. Statt, wie eigentlich vorgesehen, an die Arbeitslosen ausgezahlt oder für die Schaffung neuer Arbeitsplätze verwendet zu werden, würden die Gelder in von Arbeitgebern entwickelte Initiativen investiert. Die Besteuerung des Mindestlohns, die hohe Mehrwertsteuer auf Lebensmittel, Kommunikation, Wasser und Elektrizität sind ebenfalls Streitthemen. Hinzu kommen die immer wieder geäußerten Beschwerden, dass das Recht auf Organisation und Streik unterlaufen werde. Aus aktuellem Anlass forderten die Gewerkschaften außerdem die Wiederanerkennung der Istanbulkonvention sowie die Anerkennung der ILO-Konvention 190 zu Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz.

Weitere Forderungen der Gewerkschaftsverbände bestanden darin, unbezahlte Urlaubsperioden zu beenden, Kündigungen in der Zeit der Pandemie zu verbieten, die durch erzwungene Teilzeitarbeit gesunkenen Gehälter auszugleichen sowie die Unterstützung für die Arbeitnehmer_innen, die aufgrund der Pandemie ihre Arbeit verloren hatten, zu erhöhen. Über diese Forderungen wurde in den Medien relativ wenig berichtet, aber sie fanden viel Unterstützung in der Gesellschaft. In manchen Fällen sind gesetzliche Verbesserungen zwar beschlossen worden, die Umsetzung dagegen war oftmals unbefriedigend.

Verschiedene Formen der Arbeitskämpfe wurden im Jahr 2021 eingesetzt, um der umständlichen Bürokratie der Streikregelungen zu entgehen. Offizielle Streiks konnten kaum stattfinden, aber es wurde mehrfach versucht, Arbeitsproteste auf die Straße zu bringen. Demonstrationen zum 1. Mai wurden in 2021 offiziell aufgrund des Pandemieschutzes untersagt, obwohl die Regierungspartei mit ihren eigenen Aktivitäten gegen alle Verbote verstieß und zahlreiche Massendemonstrationen organisiert hatte.

Im Jahr 2021 hat die ISIG, eine Initiative gebildet aus NGOs und Gewerkschaften, 2170 tödliche Arbeitsunfälle registriert. Die staatliche Statistik reflektiert dagegen nur eine wesentlich kleinere Opferzahl und wurde von den progressiven Akteuren als nicht glaubwürdig bewertet. Als Sektoren mit den höchsten tödlichen Unfällen werden in 2021 die Landwirtschaft, das Baugewerbe und das Gesundheitswesen angegeben.

Zu dem problematischen Thema Arbeitsbedingungen der Flüchtlinge haben sich alle türkischen Gewerkschaften nach wie vor noch nicht hinreichend aktiv eingebracht. Auch die sozialdemokratische Oppositionspartei CHP, die traditionell eine bessere Beziehung zu den Gewerkschaften hat, betont in ihrer Flüchtlingspolitik weiterhin vor allem das Thema von Rückkehrmöglichkeiten in die Heimatländer.

GEWERKSCHAFTEN IN DER TÜRKEI – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Die Geschichte der Gewerkschaften in der Türkei beginnt Anfang der 1950er Jahre. Die juristischen Grundlagen für die Gründung einer Gewerkschaft wurden 1947 gelegt. Fünf Jahre später gründete sich die TÜRK-İŞ (Konföderation türki-

scher Gewerkschaften) als erster Gewerkschaftsbund. Das dafür zugrunde gelegte Gesetz sah jedoch weder ein Recht auf Tarifverhandlungen noch ein Streikrecht vor. Die Position des Dachverbandes sollte über der Parteipolitik stehen und war eher regierungsfreundlich.

Drei Jahre nach dem Militärputsch von 1960 wurden die Gewerkschaftsgesetze Nr. 274 und 275 über Tarifverhandlungen, Streiks und Aussperrungen verabschiedet. Darin wurde das Recht auf Streiks und Tarifverhandlungen anerkannt, wodurch die Gewerkschaften in den 1960er und 70er Jahren wachsen konnten. Nach dem Militärputsch von 1980 kam mit einer neuen Verfassung ein restriktiveres Gewerkschaftsgesetz, das 2012 reformiert wurde. Die wesentlichen Probleme der Gesetzgebung von 1980 wurden dabei jedoch nicht behoben.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

In der Türkei gibt es eine strikte Unterscheidung zwischen »Arbeitern« und »Beamten«. Beide Kategorien arbeiten auf der Grundlage unterschiedlicher Gesetze (Nr. 4857 und Nr.657) und können sich gemäß unterschiedlicher Gesetze (Nr. 6356 und Nr. 4688) auch nur entweder in »Arbeitergewerkschaften« oder in »Beamtengewerkschaften« organisieren. Der größte Unterschied im Arbeitsrecht zwischen Arbeiter_innen und Beamte_innen ist die größere Beschäftigungssicherheit von Beamte_innen, die jedoch mit einem Streikverbot einhergeht.

Die TÜRK-İŞ ist weiterhin der größte Gewerkschaftsbund der Türkei, obwohl ihr Anteil seit 2013 von 71 Prozent auf 55,4 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder in der Türkei zurückging.

Die Konföderation der Revolutionären Gewerkschaften (DİSK) wurde 1967 nach einem Streik in einer Glasfabrik gegründet, der zur Spaltung innerhalb des TÜRK-İŞ geführt hatte. Die DİSK steht der »klassenorientierten Gewerkschaftstradition« nahe und verortet sich klar im linken Lager. Nach dem Militärputsch von 1980 hat DİSK einen großen Teil seiner Mitglieder an TÜRK-İŞ verloren, da sie bis 1991 verboten war. Die beiden DİSK Mitgliedsgewerkschaften *Genel-İş* und *Birleşik Metal-İş* machen über 74 Prozent der Gesamtmitgliederzahl aus. Zum Abschluss von Tarifverträgen sind fünf der 22 Mitgliedsgewerkschaften autorisiert, allerdings befinden sich noch einige andere Mitgliedsgewerkschaften im Prozess, um eine gerichtliche Anerkennung zu erhalten.

1976 wurde die Konföderation der »wahren« Arbeitergewerkschaften HAK-İŞ gegründet, die für einen nicht-konfrontativen Kurs und einvernehmliche Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmer_innen steht. Im Vergleich zu DİSK konnte die HAK-İŞ ein Jahr nach dem Putsch, also bereits 1981, ihre Arbeit wieder aufnehmen. Die Führung von HAK-İŞ favorisiert gewerkschaftliche Arbeit, die auf sozialem Dialog basiert und sie ist stolz, dass in jüngerer Zeit das Konzept weitgehende Akzeptanz in der Arbeiterbewegung findet. Die »ideologische« Nähe zu der Regierungspartei AKP kann man ihr rapides Wachstum insbesondere ab 2010 erklären.

In den 1980er Jahren gab es zwar immer noch keinen geeigneten rechtlichen Rahmen für gewerkschaftliche Aktivitäten der Staatsbediensteten, aber mit Berufung auf maßgebliche internationale Übereinkommen zur Vereinigungsfreiheit forderte man das demokratische Recht auf Gründung von Gewerkschaften ein. Den Anfang machten dabei in den frühen 90er Jahren die Lehrer_innen und die Angestellten der Kommunen. Auf dem Höhepunkt dieser Entwicklung wurde ein

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in der Türkei

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Türkiye İşçi Sendikaları Konfederasyonu, TÜRK-İŞ (Konföderation türkischer Gewerkschaften)	Ergün Atalay	1 203 439	EGB, IGB
Hak İşçi Sendikaları Konfederasyonu, HAK- İŞ (Konföderation der »wahren« Arbeitergewerkschaften)	Mahmut Arslan	727 187	EGB, IGB
Devrimci İşçi Sendikaları Konfederasyonu, DİSK (Konföderation der Revolutionären Arbeitergewerkschaft)	Arzu Çerkezoğlu	212 593	EGB, IGB
Memur Sendikaları Konfederasyonu, MEMUR-SEN (Konföderation der Beamtengewerkschaften)	Ali Yalçın	1 004 152	–
Türkiye Kamu Çalışanları Sendikaları Konfederasyonu, KAMU-SEN (Konföderation der Öffentliche Arbeitergewerkschaften der Türkei)	Önder Kahveci	430 183	–
Kamu Emekçileri Sendikaları Konfederasyonu, KESK (Konföderation der Gewerkschaften der öffentlichen Arbeitnehmer)	Mehmet Bozgeyik/ Şükran Kablan Yeşil (Co-Vorsitzende)	132 225	EGB, IGB

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in der Türkei

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Hizmet-İş (Dienstleistungsgewerkschaft)	Hak-İş	Mahmut Arslan	243 643	PSI, EPSU
Türk Metal (Türkische Metallgewerkschaft)	Türk-İş	Pevrul Kavlak	224 823	IndustriAll, IndustriAll Europe
Özsağlık- iş (Gewerkschaft der Gesundheit- und Sozialarbeiter_innen)	Hak-İş	Devlet Sert	184 845	–
Genel-İş (Türkische Gewerkschaft der allgemeinen Dienstleistungsarbeiter)	DİSK	Remzi Çalışkan	120 479	PSI, EPSU
Belediye-İş (Türkische Gewerkschaft der kommunalen und allgemeinen Dienstleistungsarbeiter)	Türk-İş	Nihat Yurdakul	116 154	PSI, EPSU, IndustriAll, IndustriAll Europe
Tez-Koop-İş (Gewerkschaft für Handel, Genossenschaft, Bildung, Büro und bildende Künste der Türkei)	Türk-İş	Haydar Özdemiroğlu	114 223	UNI, UNI Europa
Koop İş (Gewerkschaft für Handel, Genossen-schaft, Bildung, Büro Arbeiterinnen)	Türk-İş	Eyüp Alemdar	114 614	UNI

Rat zur Gründung eines Dachverbandes der Beamtengewerkschaften eingesetzt, der in einer Reihe landesweiter Demonstrationen, Märschen, Hungerstreiks und Arbeitsniederlegungen für das Recht auf Vereinigung und Tarifverhandlungen kämpfte. 1995 trugen diese Anstrengungen Früchte mit einer Verfassungsänderung, die Staatsbediensteten das Recht auf Vereinigung gewährte.

In den 1990er Jahren entstanden dann die drei gegenwärtig größten gewerkschaftlichen Dachverbände der öffentlich Bediensteten: Türkiye KAMU-SEN (1992), KESK (1995) und MEMUR-SEN (1995). Die Beamtengewerkschaften teilen sich ebenfalls entlang ideologischer Fronten. Türkiye Kamu-Sen steht der Partei der nationalistischen Bewegung (MHP) nahe, KESK versteht sich als links und Memur-Sen steht der AKP nahe. Derzeit gibt es laut offiziellen Angaben von 2020 ca. 2,7 Mio. Beamt_innen in der Türkei.

Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) lehnte 2006 und 2011 zwei Mal den Mitgliedschaftsantrag von Memur-Sen ab, weil die Unabhängigkeit von Memur-Sen als Gewerkschaft als zweifelhaft angesehen wird. Während des Ausnahmezustandes von Juli 2016 bis Juli 2018 wurden knapp 126 000 Beamt_innen entlassen. Ein Bericht der KESK von 2017 stellt fest, dass 67 Prozent der entlassenen Beamt_innen Gewerkschaftsmitglieder waren. Die oppositionelle und regierungskritische KESK litt seit 2012 unter Verhaftungen und Gerichtsverhandlungen. 2012 wurden 72 KESK-Mitglieder und Funktionäre mit der Anschuldigung, Kontakt zur PKK zu haben, verhaftet. Ein Jahr später wurden sie alle entlassen, doch das Verfahren dauerte bis 2017 an. Nach einem KESK-Bericht wurden während des Ausnahmezustandes 66 KESK-Mitglieder und Funktionäre verhaftet, 4 218 haben ihre Arbeit verloren.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Während der Militärdiktatur zwischen 1980 und 1983 wurden zwei sehr einschränkende Gewerkschafts- und Tarifvertragsgesetze erlassen, die ab 1983 in Kraft traten. Durch dieses Gesetz wurde es wesentlich schwieriger, Gewerkschaftsorganisationen in neuen Unternehmen aufzubauen, wodurch auch der Organisationsgrad der Gewerkschaften ständig fiel. Erst durch den Druck der Gewerkschaften, der EU und der ILO kam es zu einer Debatte über ein neues Gewerkschaftsgesetz.

Das neue Tarifvertragsgesetz von 2012 beinhaltet einige Fortschritte wie beispielsweise bei der Gründung von Gewerkschaftsorganisationen sowie internen Funktionen von Gewerkschaften. Jedoch blieben viele Einschränkungen des früheren Gesetzes, etwa zum Streikrecht, erhalten. Durch dieses Gesetz ist die Bevollmächtigung zu Tarifverhandlungen für neu organisierte Gewerkschaften nach wie vor schwierig. Bis heute benötigt man für das Mandat zu Tarifverhandlungen eine Mindestmitgliedschaft von 50 Prozent der Belegschaft bei einem Unternehmen. Bei Unternehmen mit mehreren Betriebsstätten wurde es auf 40 Prozent gesenkt. Wenn diese Hürde überwunden ist, sieht sich die Gewerkschaft einer gesetzlichen Regulierung gegenüber, die sich auf die jeweilige Branche bezieht. Die Gewerkschaft muss 1 Prozent aller Arbeiter_innen in ihrer Branche als Mitglied registriert haben, bevor sie als tariffähig gilt. Dies bedeutet in manchen Branchen, dass eine Gewerkschaft erst mindestens als 39 000 Mitglieder organisieren muss, obwohl sie noch nicht berechtigt ist, Tarifverhandlungen zu führen.

Doch nicht nur die einzelnen Hürden wie die Autorisierung zu Tarifverhandlungen sind problematisch, sondern der gesamte Mechanismus. Auch wenn eine Gewerkschaft beide Hürden

Tabelle 3

Verbotene Streiks der letzten 15 Jahre (2003–2020)

Jahr	Unternehmen	Teilnehmerzahl	Gewerkschaft
2003	Petlas	350	Petrol-İş
2003	Şişecam	5 000	Kristal-İş
2004	Şişecam	5 000	Kristal-İş
2004	Pirelli, Goodyear, Bridgestone	5 000	Lastik-İş
2005	Erdemir Mining	400	T.Maden-İş
2014	Şişecam	5 800	Kristal-İş
2014	Çayırhan and Çollolar Coal Mines	1 500	T. Maden-İş
2015	Turk Employers Association of Metal	15 000	Birleşik Metal-İş
2017	Asil Steel	600	Birleşik Metal İş
2017	Employers of Electromechanical Metal	2 200	Birleşik Metal İş
2017	Akbank	14 000	Banksis
2017	Şişecam	6 500	Kristal-İş
2017	Mefar Pharmaceuticals	500	Petrol-İş
2018	Turkish Employers Association of Metal Industries (MESS)	130 000	Türk Metal, Birleşik Metal ve çelik-İş
2018	Soda Sanayi A.Ş.	540	Petrol-İş
2019	İzban	343	Demiryol İş
2020	Soda Sanayii A.Ş.	557	Petrol_İş
Gesamt		193 290	

überwindet, beim Ministerium die Autorisierung beantragt und diese dann auch erhält, kann der Arbeitgeber dagegen klagen. Gewerkschaften sind nicht berechtigt zu Tarifverhandlungen bevor das Gericht entscheidet, was mehrere Jahre dauern kann.

Beamt_innen erhielten durch die Änderungen des Gesetzes zu staatlichen Arbeitgebervereinigungen und Tarifverträgen Nr. 4688 erstmals das Recht auf Kollektivverhandlungen. Seitdem wurde alle zwei Jahre ein Tarifvertrag unterzeichnet. Die Verhandlungen sind auf einen Monat begrenzt und das Streikverbot für Beamt_innen besteht fort. Wenn sich beide Seiten während der Verhandlungen nicht einigen können, fällt eine spezielle Schiedsstelle die Entscheidung. Die Regierung bestimmt die meisten Mitglieder dieser Schiedsstelle.

Nach dem Militärputschversuch vom Juni 2016 wurde das Streikrecht weiter eingeschränkt. Auf Druck der Opposition hob das Verfassungsgericht 2014 das generelle Streikverbot im öffentlichen Nahverkehr und dem Bankwesen auf. Doch dieses wurde durch eine Ausnahmezustandsverordnung im November 2016 wieder einkassiert. Dementsprechend kann die Regierung Streiks im öffentlichen Nahverkehr und Bankwesen verbieten, wenn sie eine »Gefährdung der wirtschaftlichen und finanziellen Stabilität« darstellen.

Seit Anfang 2017 hat die Regierung Streiks von ungefähr 150 000 Beschäftigten verboten. Aufgrund der steigenden Zahl von Streikverboten und der Inhaftierung von Gewerkschaftsfunktionären wurde die Türkei auch in 2021 vom Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) als eines der zehn Länder mit den schlechtesten Bedingungen für Beschäftigte bezeichnet. Die Repressionen trafen nicht nur die Gewerkschaften, sondern alle progressiven und demokratischen Kräfte des Landes.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Die Gewerkschaften in der Türkei haben zwei unterschiedliche Gesetzesrahmen: einen für den privaten Sektor und einen für den öffentlichen Dienst. Die Gewerkschaften agieren in diesem Kontext je nach ihrer ideologischen Überzeugung. Die Türkei hat keinen Einzeldachverband und die Zersplitterungen schwächen die Gewerkschaften sowohl auf Branchen- als auch auf Unternehmens- und Betriebsebene. Sie erreichen es kaum, die gesetzlichen Hürden zu überwinden, um tariffähig zu sein.

In der Türkei ist es gesetzlich nicht möglich, Betriebsgewerkschaften oder Berufsgewerkschaften zu gründen. Der Staat bestimmt 20 Branchen und jede_r Arbeitnehmer_in im priva-

ten Sektor ist zu einer dieser Kategorien zugeordnet. Arbeitnehmer_innen dürfen nicht bei den Gewerkschaften aus anderen Branchen Mitglied werden. Die Mitgliedschaften sind im Kontrast zu den Datenschutzprinzipien nur durch ein Online-System über den Staat zu registrieren.

Weil es in der Türkei keine gesetzlichen Betriebsräte gibt, bereiten die Gewerkschaften die Tarifverträge sehr umfangreich vor und die Verhandlungen können lange dauern. In den Fällen, bei denen die Arbeitgeber einen Verband gründen und zusammen agieren, können die Gewerkschaften Gruppenverträge verhandeln und – wenn es dazu kommt – Gruppenstreiks organisieren. In den meisten Fällen reichen die Kapazitäten der Gewerkschaften nicht aus, um die Arbeitnehmer_innen aus kleinen Betrieben zu organisieren. In der Türkei haben rund 60 Prozent aller Betriebe eine Belegschaft von weniger als 50 Personen.

Die unabhängigen und eher links verorteten Gewerkschaften in der Türkei äußern sich immer wieder zu wichtigen gesellschaftspolitischen Themen. Sie spielen fast immer eine Rolle bei politischen Massenbewegungen wie z.B. Demonstrationen am 1. Mai, Friedensbewegungen oder den Gezi-Proteste von 2013. TÜRK-İŞ ist der Gewerkschaftsdachverband mit der größten Zahl von Mitgliedern im privaten Sektor. Während der Vorstand als regierungsnah gilt, sind einzelne Mitglieds-gewerkschaften durchaus kämpferisch.

Offiziell sind alle Gewerkschaften Mitglied des staatlichen »Sozial- und Wirtschaftlichen Rates«. Dieser ist aber erst wenige Male zusammengetreten und bleibt ein ineffizienter Mechanismus des sozialen Dialogs.

Die internationale Arbeit der türkischen Gewerkschaften geschieht meistens über ihre Dachverbände. Es existiert eine Zusammenarbeit mit der ILO, den EU-Institutionen oder auch eine branchenspezifische internationale Zusammenarbeit. Trainingsmaßnahmen und Weiterbildungen für die Mitglieder sind die Aufgaben der Branchengewerkschaften.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Zwischen Januar 2013 und Jan. 2022 stieg die Zahl der Arbeitergewerkschaftsmitglieder von knapp 1 Mio. auf knapp 2,2 Mio. Im gleichen Zeitraum stieg im Privatsektor der Anteil organisierter Beschäftigter an der Gesamtbeschäftigung von 9,2 Prozent auf 14,3 Prozent. Der Anstieg der Mitgliederzahlen änderte auch die Gewerkschaftslandschaft. Vorschlag: Hak-İş konnte in großem Umfang Mitglieder hinzugewinnen, im Gegensatz dazu sank der Anteil der Mitglieder von Türk-İş und DISK. Hak-İş konnte in großem Umfang Mitglieder hinzugewinnen, im Gegensatz dazu sank der Anteil der Mitglieder von Türk-İş und DISK. Mit den gewerkschaftlich organisierten 1,7 Mio. Beamt_innen sind knapp 3,7 Mio. Menschen Mitglied in einer Gewerkschaft bei einer Gesamtbeschäftigtenzahl von 30 Mio. Menschen. Trotz aller Hindernisse zeigt sich hier das Potenzial und die Machtressourcen der Gewerkschaften. Es gibt einige Beispiele, bei denen die Arbeiter_innen von Subunternehmen und Gewerkschaften Druck auf

die Regierung ausgeübt und sie gezwungen haben, dass die Arbeiter_innen direkt bei den Stadtverwaltungen angestellt werden. Von dieser Regelung profitierten knapp eine Million Beschäftigte bei öffentlichen Arbeitgebern.

Wird als Gradmesser für den politischen Einfluss der Gewerkschaften nach das Ausmaß der Veränderungen von Regierungverhalten genommen, ist klar zu konstatieren, dass der Einfluss der Gewerkschaften in den 1990er Jahren stärker war als heute. Im Zeitraum von 1989–1995 reagierten die Gewerkschaften auf die gewerkschaftsfeindliche Politik und Konjunkturprogramme der Regierung mit Großdemonstrationen, Märschen und Streiks. Weiterhin gehören die DISK, KESK und zum Teil die Türk-İş zu den oppositionellen Kräften in der Türkei. HAK-İş sowie die beiden Beamten-gewerkschaften Memur-Sen und Kamu-Sen sind auf »Regierungslinie«.

Innengewerkschaftliche Rivalitäten sind stark ausgeprägt – nicht nur zwischen Mitgliedsorganisationen verschiedener Gewerkschaftsbünde, sondern auch innerhalb desselben Dachverbandes. Sehr unwahrscheinlich ist daher auch eine Fusion der Gewerkschaften derselben Branche angesichts tief verwurzelter Differenzen zwischen den Gewerkschaftsbünden.

Henrik Meyer, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Türkei, Istanbul

Cihan Hüroğlu, Projektkoordinator im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Istanbul

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Globale und Europäische Politik | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:

Dr. Marc Meinardus

Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika

marc.meinardus@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.